

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

22.7.1869 (No. 170)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 22. Juli.

Nr. 170.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 14. Juli 1869 allergnädigst bewogen gefunden, den Geheimen Kanzlisten Theodor Usländer beim Kriegsministerium zum Expeditor zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 15. Juli 1869 allergnädigst bewogen gefunden, den Garnisonsverwaltungs- und Lazareth-Inspektor Jakob Speck der erikeren Funktion zu entheben und die Garnisonsverwaltung Freiburg dem Intendantursekretär Friedrich Hüther, unter Verleihung des Titels eines Garnisonsverwaltungs-Direktors, zu übertragen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† München, 20. Juli. Heute Mittag um 12 Uhr wurde die Münchener internationale Kunstausstellung durch den Prinzen Adalbert als Stellvertreter des Königs feierlich eröffnet.

† Wien, 20. Juli. In dem Prozeß Schiff-Scharf sprachen die Geschwornen heute ihr Urtheil. Dieselben erkannten den Angeklagten Scharf des Vergehens der Ehrenbeleidigung für schuldig. Durch den Ausspruch des Gerichtshofs wurde Scharf dann zu 5 Monaten Arrest verurtheilt, verschärft durch 2 Tage Einzelhaft in jedem Monat, außerdem zum Verluste von 200 fl. seiner Kaution und zur Tragung der Prozeßkosten. Der Vertreter des Angeklagten meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

† Paris, 21. Juli. Das „Offizielle Journ.“ enthält ein Kaiserl. Dekret, wodurch Rouher zum Senatspräsidenten für die Session von 1869 ernannt wird. Die gestrige Versammlung der Unterzeichner der Interpellation nahm einstimmig eine Resolution an, dahin gehend: bei den Prinzipien der Interpellation zu beharren und sich zu vertagen bis zur Wiedereinberufung des Gesetzgeb. Körpers.

† London, 21. Juli. Oberhaus. Granville beantragt die Annahme der reamendierten Kirchengeb. Bill. Das Oberhaus beschließt jedoch nach langer Debatte mit 173 gegen 95 Stimmen Festhaltung seiner amendirten Fassung. Granville bittet behufs Berathung mit seinen Kollegen um Vertagung.

† London, 21. Juli. Der Ministerrath wird heute entscheiden, ob das Parlament ehestens aufzulösen und im November einzuberufen sei. Das Resultat der Berathung wird dem Parlamente wahrscheinlich übermorgen mitgetheilt werden.

## Deutschland.

Weimar, 19. Juli. Ärztliche Freizügigkeit in Thüringen. Nach Bekanntmachung im „Weim. Geschl.“ haben die Regierungen von Weimar, Altenburg, Koburg-Gotha, beiden Schwarzburg und beiden Reuß eine Uebereinkunft getroffen, wonach jeder in seinem Heimathsort zur Praxis zugelassene Arzt in jedem der genannten Staaten zur Ausübung der Praxis berechtigt ist, und sich auch daselbst wohnlich niederlassen kann. Meinungen ist diesem Vertrag nicht beigetreten, wie dasselbe auch der thüringischen Gerichtsgemeinschaft noch fremd ist.

Berlin, 19. Juli. Das Bundeskanzler-Amt hat in diesen Tagen, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, gegen die Entziehung der Kommunalsteuer-Privilegien der zum Norddeutschen Bunde gehörenden Beamten von Seiten des hiesigen Magistrats, beim Minister des Innern Rekurs eingelegt. In den Ausführungen, welche sowohl die Mietsteuer als auch die städtische Einkommensteuer betreffen, sind unter Anderem auch zwei in derselben Angelegenheit ergangene Bescheide der Königl. Regierung zu Duppeln und der Verwaltungsbehörde in Kassel hervorgehoben, nach welchen das Gesetz vom 11. Juli 1862 auf diese Beamten Anwendung zu finden hat.

In der Bundes-Zivilprozeß-Kommission finden der „Spen. Ztg.“ zufolge Beratungen über die Grundsätze der künftigen Gerichtsorganisation statt. Sobald dieselben beendet sind, werden die Sitzungen auf einige Zeit unterbrochen werden.

Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Schweitzer hat am Samstag die achtwöchentliche Gefängnißhaft angetreten, die er noch wegen der Broschüre „der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn“ zu verbüßen hat.

Berlin, 20. Juli. Die Großfürstin Helene, welche am 18. d. von St. Petersburg abgereist ist, ihres Gesundheitszustandes wegen aber nur mit Unterbrechung reisen darf, wird heute Abend hier eintreffen. — Die Nachricht, daß in den nächsten Tagen der Baron v. Arnim aus Rom nach Berlin kommen werde, ist unrichtig, da derselbe sich schon seit ungefähr drei Wochen in Kissingen zur Kur befindet.

Wie es einerseits richtig ist, daß die Staatsregierung fei-

nen Augenblick Anstand genommen hat, die der Provinz Hannover gesetzlich zustehende Rente auch für das laufende Jahr auszahlen zu lassen, so ist andererseits nicht wohl einzusehen, wie in einem Theil der Presse der Regierung hieraus gewissermaßen ein Vorwurf gemacht werden kann, daß darin eine Bevorzugung dieser Provinz vor den übrigen Landes-theilen liege, bei welchen aus Sparamkeitsrückichten gleich große Gelbdaufwendungen nicht stattfänden. Nimmt die Provinz Hannover in diesem Fall wirklich eine anscheinend bevorzugte Stellung ein, so ist das die einfache Konsequenz der bestehenden Gesetzgebung. Kein Unbefangener hat bis jetzt an die Regierung die Forderung gestellt, ihren gesetzlichen Verpflichtungen etwa nicht nachzukommen; ebenso wenig wird aber auch von der Regierung verlangt werden können, daß sie, falls die Einnahmen hierzu nicht zur Verfügung stehen, für die übrigen Provinzen gesetzlich nicht feststehende Ausgaben mache. Billigdenkende werden es vielmehr gerechtfertigt und natürlich finden, daß die Ausgaben eben streng nach den disponibeln Einnahmen bemessen werden.

Dem Vernehmen nach hat gegenwärtig der Staatsrath das durch das Gesetz vom 28. Sept. 1866 auf Höhe von 30 Mill. Thaler erweiterte Maximum erreicht. Selbstverständlich wird nunmehr in Gemäßheit dieses Gesetzes verfahren werden. Abg. 4 des § 2 des erwähnten Gesetzes (S. S. de 1866 pag. 607) lautet:

Die dem Staatsrath durch die Kabinettsordre vom 17. Jan. 1820 und 17. Juni 1826 erteilten Ermächtigungen fließen, sobald die baaren Bestände desselben durch fernere Einziehungen über 30 Mill. Thaler erhöht werden würden, den allgemeinen Staatsfonds als Einnahmen, welche in den Staatshaushalts-Etat als Dedungsmittel aufzunehmen sind, zu. Soweit über dieselben nicht als Dedungsmittel im Staatshaushalts-Etat des betreffenden Jahres oder anderweitig unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages verfügt wird, sind sie zur Tilgung von Staatsschulden zu verwenden und an die Staatsschuldentilgungskasse abzuführen.

## Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 13. Juli. Nach hierher gelangter offizieller Anzeige wird die Eröffnung des Suez-Kanals in seiner ganzen Länge von Port Said bis Suez in seiner vollen Breite und bei 8 Meter Tiefe, am 17. Nov. stattfinden. Vom 17. bis 20. Nov. einschifflich haben alle Schiffe, gleichviel unter welcher Flagge, freie Durchfahrt durch den Kanal. Vom 21. Nov. an aber tritt der Durchfahrtszoll ins Leben, welcher auf 10 Franken für jeden Reisenden oder für jede Tonne Fracht bemessen ist.

\* Aus Linz, 18. Juli, gehen der „N. Fr. Presse“ zwei Mittheilungen in der Angelegenheit des Bischofs Rudiger zu, die sich im Wesentlichen über dessen Haltung gegenüber dem Kaiserl. Gnadenakt verbreiten. In der ersten heißt es:

Daß anfangs beabsichtigt war, die nicht angelegte Begnadigung abzulehnen, ist außer Zweifel. Ich selbst war Ohrenzeuge, wie eine hochgestellte geistliche Persönlichkeit, welcher man aus Anlaß der erfolgten Begnadigung gratulirte, sich äußerte, „es sei kein Grund zu einer Gratulation vorhanden, und es wäre sehr zu bedauern, wenn der Hochwürdigste von dieser Gnade Gebrauch machen wollte, da ein Unschuldiger keiner Gnade bedürfe und die Annahme gewissermaßen ein Schuldbekenntnis in sich schließen würde.“ Auch über die Ansicht des Dr. v. Rißling, ein Gnadengesuch bei der hiesigen Gemeindevorsteherung zur Unterzeichnung auslegen zu lassen, war der Bischof sehr ungehalten, weil er sich nie und nimmer als schuldig betrachtete, daher nicht gestatten konnte, daß ohne seinen Willen ein die ganze Gerichtsverhandlung als kompetent und gültig anerkennendes Gnadengesuch abgesendet werde.

Außerdem hat der Bischof, nachdem ihm die a. b. Entschlieung bekanntgegeben worden war, eine Nichtigkeitsbeschwerde bei dem hiesigen Landesgerichte überreicht, in welcher im Allgemeinen die Kompetenz des Gerichts bestritten und speziell besonders der Umstand als ein Formfehler geltend gemacht wird, daß den Geschwornen nur beratend vorkommende Fragen vorgelegt worden seien, welche sie nicht wendigerweise nicht anders als mit „Ja“ beantworten konnten.

In dem zweiten Schreiben wird mitgetheilt, daß dem Bischof nichts größeren Schmerz verursacht habe, als daß er von katholischen Geschwornen, also von Männern, die (mit Ausnahme eines einzigen Protestanten) seiner Herde angehörten, verurtheilt worden ist; er sei in dem Wahn befangen gewesen, alle Katholiken seiner Diözese, mit Ausnahme eines kleinen Häufleins Berirter, ständen auf seiner Seite.

In dieser Stimmung — fährt der Korrespondent fort, hat er denn auch, wie ich auf das Bestimmteste mittheilen kann, schon am 13. d. M., also am Tage nach der Verurtheilung, eine (von Dr. Welsch verfaßte) Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Urtheilspruch des „in seiner Angelegenheit nicht kompetenten Gerichtes“ eingereicht.

Am 14. d., gegen 11 Uhr Vormittags, erhielt der Bischof offiziell Kenntniss von dem allerh. Gnadenakte, und an diesem Tage war er fest entschlossen, diese Gnade zurückzuweisen, da er, „der widerrechtlich Verurtheilte“, dieselbe konsequenter Weise nicht annehmen könne. Eine Mittheilung in diesem Sinne ist mir von einer Person zugetommen, welche über die Stimmung im bischöflichen Palais ganz genau unterrichtet war. Die Erwägung jedoch, daß die Zurückweisung des allerh. Gnadenaktes die persönlichen Beziehungen des Bischofs zu Sr. Maj. dem Kaiser alteriren könnte, und mehr noch die Furcht, durch

die fortgesetzte Ablehnung die Pflichten, welche allerdings ein respectables Stimmchen von nahezu 50,000 Gulden jährlich einbringt, zu verlieren, haben den starren Sinn des Bischofs gebeugt. „Er nimmt“, wie das „Volkblatt“, sein Organ, meldet, „die Gnade des Kaisers mit Dank an, ohne jedoch seine Anschauung über die Gesehwirrigkeit des gerichtlichen Vorganges zu ändern.“

Dasselbe „Volkblatt“ bringt in der gestrigen Nummer über die Begnadigung einen aus dem Wiener ultramontanen „Volkstfreund“ benahete wörtlich abgeschrieben Artikel, worin ganz unumwunden herausgelagt wird: Der Kaiser habe durch diese höchstseltsame Entschlieung der gegenwärtigen Regierung ein eklatantes Misstrauensvotum gegeben. Was die Minister verbrochen, habe der Kaiser wieder gut gemacht.

## Italien.

Rom, 15. Juli. (Köln. Ztg.) Die Verhandlungen zwischen Florenz und Paris der Curie geheim zu halten, ist schwer, denn viele feine, zum Theil ganz unsichtbare Fäden laufen aus der engeren Umgebung der Kaiserin Eugenie nach dem Vatican. Die Baderkur des Hrn. Conti macht hier weniger Sorgen als die Nachrichten, deren Ueberbringer zu sein Vater Troulet die Ehre hat. Troulet ist der Theolog der französischen Gesandtschaft beim hl. Stuhl und hat persönliche Beziehungen zur Kaiserlichen Familie, er kam und ging in wenigen Wochen bereits das dritte Mal. Man will wissen, Napoleon III. habe gerade bei den letzten Wahlen genau zu erfahren gesucht, wie viel ihm der Klerus noch dienen könnte, wie viel nicht, und werde nach diesen Erfahrungen künftig handeln. Wenn nun auch von einem Druck der Kaiserlichen Politik auf die Entschlieungen des Papstes nicht wohl die Rede sein kann, so ist es doch der deutlich hieherbekundete Wunsch, ein Abkommen zwischen Rom und Florenz vor dem Zusammentritt des Konzils geschaffen zu sehen. Damit es dazu komme, werden freilich Demonstrationen verschiedener Art angewandt, unter denen die vielleicht nicht die unwirksamste sein dürfte, welche das Eintreten von außerordentlichen Ereignissen mit in Szene setzt, die dem Konzil gefährlich werden müßten.

## Frankreich.

Paris, 19. Juli. (Köln. Ztg.) Nachdem die Kabinettsfrage in so ungenügender Weise gelöst worden, scheint ihr die der Vertagung der Kammer in gleicher Art auf dem Fuß folgen zu sollen. Heute Morgen sollte die Sache im Ministerrath in St. Cloud zur Sprache kommen. Man mußte indeß von vorn herein, daß die Minister des alten Kabinetts, also Forcade, Wagne, Niel, Gressier, Bailant und Rigault de Genouilly, für die fernere unbestimmte Vertagung des Gesetzgeb. Körpers, bis Anfang Oktobers etwa, stimmen würden, so daß die H. H. Alfred Verour und Bourbeau, die schon auf nächsten Mittwoch oder Donnerstag die Kammer wieder einberufen sehen wollten, gleich bei der ersten Frage von weitreichendem Interesse in der Minorität bleiben dürften. Es ist dies wieder ein neuer Beweis, wie klug Ollivier und Genossen gehandelt, als sie den vereinzelten Eintritt in's Kabinet ablehnten, so lange man ihnen nicht mindestens fünf Portefeuilles einräumte. Samstag noch war Persigny nach St. Cloud geeilt und hatte dort dringend ein Versöhnungskabinet befürwortet, das halb aus dem linken Zentrum und halb aus der Rechten zusammengesetzt wäre. Aber das Ergebnis beweist, daß man nicht auf ihn hörte. Und wenn gleich „France“ und „Patrie“ behaupten, man habe den Männern des Tiersparti noch in zwölfter Stunde den Eintritt in's Kabinet offen gehalten, so ist dies nur in so fern wahr, daß man ihnen drei Sitze im Ministerium offerirte, während man ihnen nie anheimgestellt, selbständig die Bildung eines Kabinetts in die Hand zu nehmen. In der Kammer kann das Ministerium, trotz mancher abfälliger Bemerkung selbst aus den Reihen des rechten Zentrums, auf eine ziemliche Majorität zählen, besonders da der Tiersparti sich verbindlich gemacht hat, die neuen Minister nicht von vorn herein und um jeden Preis anfeinden oder bekämpfen zu wollen. Im Publikum aber ist seine Verurtheilung, vielleicht selbst zu vorschnell, darum nicht minder allgemein. Mittlerweile ist das Ministerium des Kaiserl. Hauses doch noch beibehalten worden.

\* Paris, 20. Juli. Der bisherige erste Sekretär an der französischen Gesandtschaft in Rom, Graf Armond, ist zum Bureau-Chef des Fürsten von Latour d'Auvergne, und Hr. Mure zu seinem Unterchef ernannt worden. Hr. v. Lavallette wird diesen Abend seine bisherige Wohnung im Ministerium des Auswärtigen verlassen.

Wie die „France“ meldet, sind die Empfangstage bei Hofe und die bei den Ministern auf unbestimmte Zeit suspendirt worden.

Wie es heißt, haben im Ministerrath namentlich die H. H. v. Forcade, Gressier, Niel, Alfred Verour und Wagne darauf gedrungen, daß der Gesetzgeb. Körper vorläufig nicht einberufen werde.

Der „Opin. Nationale“ zufolge hat die Linke heute Nachmittag 3 Uhr beschloffen, eine öffentliche Erklärung abzugeben. Der Wortlaut derselben wird heute Abend 9 Uhr berathen werden. (S. o. Tel.) — Die meisten fremden Abgeordneten reisen heute oder morgen ab.

Der „Constitutionnel“ ist trotz seiner optimistischen Auffassung von gestern heute zu folgendem Geständniß genöthigt: „Wenn die Presse das treue Abbild der öffentlichen Meinung ist, so muß man anerkennen, daß das neue Ministerium keine enthusiastische Aufnahme findet. Das von der Mehrheit der Zeitungen ausgedrückte Gefühl ist das des Mißtrauens.“ — Rente 71.50, Cred. mob. 202.50, ital. Anl. 55.25.

### Spanien.

\* Madrid, 19. Juli. Das umlaufende Gerücht, daß Marschall Serrano seine Reise nach La Granja in Folge beunruhigender Nachrichten bezüglich karlistischer Bewegungen verlagert habe, ist unbegründet. Derselbe wird nächstens abreisen. Hr. Joaquin Aguirre ist gestern gestorben.

\* Madrid, 20. Juli. Der „Imparcial“ empfiehlt der Regierung die schnelle und energische Unterdrückung der Vergehen an, die täglich in Malaga, Sevilla und in Granada begangen werden. Es sei keine politische Fahne, die über diesen Städten weht, sondern die Fahne der Plünderung und des Mordes. Dasselbe Blatt kündigt die Entdeckung einer Verschwörung an, deren Zweck wäre, in einem gegebenen Augenblick den Marschall Serrano, den General Prim und Hrn. Rivero bei Seite zu schaffen.

Gestern wurden der Generalmajor Beja Yncan in Madrid, die Brigadiere Unestal und Diona in Valladolid, der Oberst Uberti, Schwager des Generals Gasset, in Barcelona und der Oberst Carbonnel in Cordoba verhaftet.

### Belgien.

Brüssel, 17. Juli. (Schw. M.) Der Eindruck, den der Abschluß der langwierigen Unterhandlungen mit Frankreich auf das hiesige große Publikum gemacht hat, ist durchaus günstig; wenn auch der Ursprung der Streitfrage auf rein politischem Grunde geruht und die Gemüther mehr oder weniger beunruhigt hatte, erkannte man doch allgemein in dem durch Frère's Vermittlung aufgestellten Protokoll vom 27. April das offene Bestreben der französischen Regierung, den politischen Charakter zu verwischen und nichts weiter im Auge zu behalten, als die Herstellung eines geregelten, auf einheitliche Tarifansätze zurückzuführenden Eisenbahndienstes zwischen der Schweizer- und der niederländischen Grenze. Dieser Erwartung entsprechen nun die diese Woche veröffentlichten Aktenstücke vollkommen. — Seit dem 6. Tagen in allen Provinzialhauptstädten die Provinzialräthe; bis jetzt haben sich dieselben jeder politischen Kundgebung enthalten. — Die Assisen-Verhandlungen über den wegen Beleidigung des Kaisers Napoleon belangten französischen Flüchtling Bacheler beginnend nächsten Dienstag.

### Rußland und Polen.

\* St. Petersburg, 15. Juli. Am 20. Juli Abends begibt sich der Kaiser mit seinen Söhnen von Peterhof per Dampfschiff nach Tranfund, um am 21. dort über 50 Schiffe Revue zu halten. Am 27. wird er von Petersburg zunächst nach Ewer und Tags darauf zur Kaiserin nach Jlnskoje bei Moskau fahren. Am 31. erfolgt dann die Abreise nach der Krime. Die Versendung des Kabels im Schwarzem Meere zwischen Dhuba und Cap Adler für die indo-europäische Telegraphenlinie ist, wie ein Telegramm aus Kertsch vom 12. Juli meldet, glücklich beendigt worden.

Warschau, 15. Juli. Die neue Universität, deren jährlicher Etat auf 20,780 R. S. bestimmt ist, soll vier Fakultäten umfassen, eine philologisch-historische, eine mathematisch-physikalische, eine juristische und eine medizinische. Die Vortragssprache ist für alle Lehrgegenstände die russische; nur die polnische Sprache, Literatur und Alterthumskunde sollen in polnischer Sprache vorgetragen werden. Die polnische Geschichte ist vom Lehrplan gänzlich ausgeschlossen und soll nur als Anhangsel der russischen Geschichte behandelt werden. Zur Annamatrikulation berechtigt sind nur solche junge Leute, welche ihre Vorbildung auf den höheren Unterrichtsanstalten im Königreich Polen genossen haben. Diese Beschränkung hat offenbar in der Befürchtung ihren Grund, daß die polnische Atmosphäre in Warschau auf Studierende aus Litthauen und Rußland einen polonisirenden Einfluß üben möchte. Die Universitätsbehörden bilden: 1) der Universitätsrath, 2) die Universitätsverwaltung, 3) das Universitätsgericht, 4) der Universitätsinspektor. Der Rektor wird vom Kaiser, die Professoren auf Vorschlag des Kurators des Warschauer Lehrbezirks vom Minister der öffentlichen Aufklärung, die Dozenten vom Kurator des Warschauer Lehrbezirks ernannt; die Dekane werden von den betreffenden Fakultäten gewählt. Die Studenten, welche die vorgeschriebene Uniform tragen müssen, sind für Vergehen innerhalb der Universität dem Universitätsgericht, und für Vergehen, welche sie außerhalb der Universität begangen haben, der Polizeibehörde verantwortlich.

Durch Kaiserl. Ukas ist die Einführung neuer Wappen, die in der Mitte den russischen Doppeladler führen, für die 10 Weichsel-Gouvernements angeordnet.

### Großbritannien.

\* London, 19. Juli. Gladstone scheint mit der Königin die nächsten Maßregeln bezüglich der irischen Kirchenbill vereinbart zu haben, denn nachdem er am Samstag vermittelst Sonderzuges nach Windsor gefahren war und eine Audienz bei der Königin gehabt hatte, ist die verschobene Abreise des Hofes nach der Insel Wight, von deren gänzlichem Wegfall bereits die Rede war, auf morgen früh angelegt. Die Königin wird etwa 3 Wochen in Osborne verweilen, darauf für kurze Zeit nach Windsor zurückkehren, ehe sie ihre gewohnte Herbstreise nach Balmoral antritt.

Die Zahl der Meetings gegen die Amendements des Oberhauses in der irischen Kirchenbill hat am vorgestrigen und gestrigen Tage wieder einen hübschen Zuwachs erhalten. Erwähnt seien hier nur zwei hauptstädtische Volksversammlungen auf Blackheath und ein Meeting in Birmingham, auf welches letzterem abermals ein Brief Bright's über die Bill und das Oberhaus verlesen wurde. Der Brief ist harmloser als sein Vorgänger, welcher so viel Aufsehen machte und In-

terpellationen in beiden Häusern des Parlaments veranlaßte. Die interessanteste Stelle lautet:

Es bekümmert mich sehr, daß das Oberhaus die Wünsche und Interessen des Landes nicht deutlicher erkennt. Aber ich kann nicht umhin zu glauben, daß dasselbe aus den in beiden Häusern des Parlaments über die irische Kirchenbill stattgehabten Diskussionen Vieles gelernt hat. Mir scheint es eine Sache von höchster Wichtigkeit zu sein, daß eine größere Harmonie zwischen den beiden Zweigen der Legislatur hergestellt werden sollte.

Oberstleutnant Andrew Clarke, Direktor der See-Ingenieur- und Architekturarbeiten, welcher der Eröffnung des Wilhelmshafens als Vertreter der englischen Regierung beizuwohnt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach binnen weniger Tage eine Reise nach Preußen antreten.

### Amerika.

\* Lissabon, 18. Juli. Das von Brasilien kommende Dampfschiff bringt durchaus keine wichtigen Nachrichten weder von Paraguay noch von Montevideo, wo die Lage immer dieselbe war.

\* Vom Kriegsschauplatz in Paraguay geht der brasilianischen Gesandtschaft in London die Mittheilung zu, daß die jüngst gemeldeten Siegesnachrichten sich bestätigen. Die Allirten beherrschen nach dieser Depesche die ganze Bahnlinie von Ajuncion bis Villarica. Der Graf d'Eu war bei Abgang der Post im Begriff, Securra, Lopez' Hauptquartier, unverzüglich anzugreifen. Der Letztere hatte den französischen und den italienischen Konsul angeblich als Deputierte erklärt.

Rio de Janeiro, 23. Juni. Der Aufstand in Uruguay gewinnt an Ausdehnung; der Präsident ist nach der Hauptstadt zurückgezogen, ohne den Kampf mit den Insurgenten aufzunehmen.

— Vorigen Sonntag tagte zu Offenburg eine Versammlung von Vertretern der nationalen und liberalen Partei in Baden. Dieselbe hat folgenden Wahlausruf, zugleich als Programm für die Thätigkeit des bevorstehenden Landtags, erlassen:

### An das badische Volk.

Die bevorstehenden Wahlen zum Landtage berufen einen großen Theil unserer Mitbürger zur erneuerten Kundgebung ihrer politischen Ueberzeugungen.

Inmitten der tiefen Bewegung unserer Zeit und der Aufregungen eines weithin geführten Kampfes um die höchsten Güter des deutschen Volkes haben auch wir — die Vertreter der nationalen und liberalen Partei in Baden — es als unsere Pflicht erachtet, ein Wort der Verständigung an unsere Mitbürger zu richten über die Anforderungen, welche wir an den nächsten Landtag zu stellen haben.

Vor Allem werden sich unsere Volksvertreter zu der Ueberzeugung bekennen, daß das badische Volk jeder Zeit mit Muth und Ausdauer zu der großen Sache Deutschlands stehen will. Wohl erkennen wir den schweren Ernst dieser Aufgabe und wir verschließen unser Auge keineswegs den brüderlichen Hemmnissen, welche ihr heute noch gegenüber stehen — allein nichts kann unsern Glauben an eine siegreiche Zukunft der deutschen Nation erschüttern und nichts vermag uns loszureißen vom Vaterlande.

Unferig und schwankend sind die gegenwärtigen Zustände im Süden Deutschlands. Kein Machtgebot des Auslandes darf und kann uns auf die Dauer verbieten, dem Staate beizutreten, den die Kraft und die Tapferkeit des preussischen Volkes als die Grundlage der Wiedergeburt Deutschlands siegreich ausgerichtet hat. Das Ausflühen dieses Staates und seine mächtige Stellung unter den Völkern Europas wird auch dem badischen Heimathlande Schutz und freundliches Gedeihen sichern. Mit Zuversicht dürfen wir der Zukunft entgegen gehen, weil wir untrennbar verbunden sein werden mit den aufsteigenden Geschicken Deutschlands.

Allein in dem Ernst dieser Lage darf uns die Wärme patriotischer Gefühle noch keineswegs genügen. Es bedarf einer verständnißvollen Würdigung der gegenwärtigen Lage und der Bereitwilligkeit zur pflichtgetreuen, ausdauernden That. Das deutsche Volk, in seinem stets bewährten Sinne für ein friedliches Zusammenleben mit andern Nationen, hat es nicht verschuldet, wenn die Befürchtung vor einer gewaltsamen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse gleich einer drückenden Last sich über die Völker lagert hat. Aber es wäre schlafe Sorglosigkeit und verächtliche Unterordnung unter einen fremden Willen, wenn nicht auch wir jede Fürsorge treffen wollten, daß in den Tagen der Gefahr auch das badische Volk, als ein wohlgeübter und gerüsteter Mitkämpfer, zur Fahne des deutschen Vaterlandes stehen könne.

Es ist somit die unerläßliche Pflicht der badischen Volksvertretung, vor feiner durchaus gebotener Leistung des deutschen Berufes unseres Staates zurückzusehen, so erfordert andererseits die Lage der Bevölkerung mit allem Nachdruck, daß man auch in den Einrichtungen des Heerwesens jede Ausgabe von Staatsmitteln zurückweise, welche die Lasten des Volkes vermehrt, ohne einem dringenden Interesse der Gesamtheit zu dienen. Das Wahren einer weisen Sparsamkeit wird in solcher Weise den sichern Nachweis liefern, daß die Arbeit und die Anstrengungen des Volkes nur für bedeutende und berechtigte Ziele in Anspruch genommen werden. Indem unsere Volksvertretung dem deutschen Vaterland keine schulbige Leistung versagt, müssen in nicht minder sorgfältiger Treue die heimathlichen Verhältnisse unseres Staates gefördert werden. Wir erkennen in dem einheitlichen Staat der deutschen Nation, wie ihn eine sichere Zukunft uns versichert wird, nur die weite und glückliche Stätte eines freiestehenden, allen großen Fortschritten unserer Zeit hingebenen Volkes. Eben deshalb wollen wir, ein Theil dieses Ganzen, unermüdet bestrebt sein, unser Heimathland weiter zu führen in jenen Wegen eines liberalen, bürgerlichen Staatswesens, die man in Baden während eines halben Jahrhunderts unter freisinnigen Verfassungseinrichtungen zu immer erneuem Segen für Fürst und Volk beschritten hat. Auch den kommenden Landtag werden wichtige Fragen des innern Staatslebens beschäftigen.

Unsere Verfassung bedarf heute in Einzelheiten einer zeitgemäßen Fortbildung.

Die Aufgabe freisinniger Volksvertreter wird es sein, vor Allem die Wahlgesetzgebung insoweit umzugestalten, daß das Volk seinen Willen in einer wirksameren und von unberechtigten Einflüssen freieren Weise

kundgeben könne. Die Verleihung des politischen Wahlrechtes an die Staatsbürger ohne Rücksicht auf vorausgegangenen Bürgerrechts-Antritt, die Einführung des geheimen Wahlverfahrens und eine erhebliche Vergrößerung der Wahlmännerkollegien wird einen bedeutungsvollen Fortschritt begründen, den auch die Anhänger des direkten Wahlverfahrens als einen Uebergang zu den Wahlreformen anerkennen werden, welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes als das Endziel aller künftigen Wahlreformen gewährleistet hat. Wird diese Verbesserung des Wahlgesetzes mit einer erheblichen Abkürzung der Dauer des Abgeordnetenmandates verbunden und wird der Volksvertretung durch Verleihung des Rechtes der Initiative, sowie durch eine Abkürzung der Landtagssperiode ein erhöhter Einfluß auf den Geist der innern Staatsverwaltung verliehen, so sind alle Mittel gegeben, deren das Volk bedarf, um durch die eigene That jede Fürsorge für das Gedeihen seiner Zustände zu leisten.

Neben den Verfassungsreformen wird in erster Reihe eine Umgestaltung der Gemeindegesetzgebung die Thätigkeit der Rammern beanspruchen. Es ist hohe Zeit, endlich zurückzukehren aus der Epoche jener verbrauchten und unfruchtbaren Sicherungsmittel, mit denen einst eine rückwärts schreitende Politik die großen und volksthümlichen Anlagen der Gemeinbeordnung von 1831 entstellte hat.

Auch hier wird die Volksvertretung unter dem Eindruck der Erfahrung arbeiten, daß man mit kleinen und künstlichen Mitteln bureaukratischer Weisheit keine lebensvollen Schöpfungen hervorzubringen vermag. Kein Gebiet darf aber der freisinnigen Partei höher stehen, als die sorgfältige Pflege des Gemeindelebens — der einzig echten Grundlage einer bürgerlich liberalen Staatsordnung.

Auch die langwierigen, unser Land mit so viel Leidenschaften und Geschäftigkeiten erfüllenden Ausschreibungen staatlicher und kirchlicher Rechte werden den Landtag beschäftigen und von ihm, wie wir hoffen, die abschließende Erledigung empfangen. Die Erfahrungen seit dem Jahre 1860 haben einleuchtend bewiesen, daß der Staat mit einer Macht, welche den Beruf des Staates für einen großen Theil seiner wichtigsten Gebiete, wie die Fürsorge für die Volksbildung und den Rechtsbestand der Ehe, in verbundener Hartnäckigkeit als die unbefugte Annäherung kirchlicher Hoheitsrechte bezeichnet, in keiner Weise durch friedliebende Nachgiebigkeit zur Verständigung gelangen kann.

Die Pflicht der Selbsterhaltung des Staates und seine Ehre erfordern es, daß er — dem hochsinnigen Grundsatz der Freiheit der Kirche in ihren eigenen Angelegenheiten getreu — mit Folgerichtigkeit im Wege der Gesetzgebung seine Rechte wahr, die noch bestehenden Lücken ohne Verzug ausfülle und im Uebrigen mit Kraft und Nachdruck beweise, daß die öffentliche Gewalt ordnungswidrige Ausschreitungen einer staatsfeindlichen Gesinnung auch dann zu treffen und zu beugen verstehe, wenn sie unter der Hülle religiöser Befreiungen auftreten.

So mögen denn unsere Mitbürger ihre Liebe zum deutschen Vaterland und ihren Bürgerfinn erproben, indem sie Männer wählen, welche sich in allen diesen Aufgaben bewähren. Möge jeder Wähler den zur Wahl ihm empfohlenen Mann einer strengen Prüfung der Gesinnung und des Charakters unterziehen. Groß und bedeutungsvoll sind die Aufgaben — nur ernste und unabhängige Männer werden sie lösen. Gehen wir den Segnern mit einem guten Beispiel voran, indem wir — die liberale Partei — zur Abgeordnetenwahl unser Augenmerk nur auf Männer richten, welche durch Charakter, Gesinnung und Lebensstellung alle Sicherheiten einer unabhängigen Haltung besitzen. Eben deshalb erachten wir es als eine Pflicht der Wähler, bei der Ernennung der Volksvertreter den tüchtigen und intelligenten Bürger bei gleichstehender Befähigung der Wahl eines Beamten vorzuziehen. Hiermit soll keineswegs eine den Staatsbeamten ungünstige Gesinnung ausgedrückt werden, da manche Männer dieses Berufes in der Geschichte des badischen Verfassungsebens sich große und bleibende Verdienste erworben haben. Allein wir wollen selbst jeden Schein vermeiden, als ob nicht gerade von der nationalen und liberalen Partei die Unabhängigkeit einer Achtung gebietenden Volksvertretung als die wichtigste Gewährleistung eines gesunden Staatslebens mit allen Mitteln erstrebt werde.

Handeln wir jederzeit in diesem verfassungstreuen Geiste, so wird es auch unserm rührigen Gegner — der ultramontanen Partei — auf die Dauer nicht mehr möglich sein, die einer besonders straffen Antisozialen unterworfenen Diener kirchlicher Gewalten als die berufensten Führer und Vertreter des Volkes darzustellen.

Möge uns Alle in diesen bedeutungsvollen Tagen das Gefühl erster und hoher Pflichten erfüllen!

**Wahren wir in muthiger und rüstiger That die Ehre des badischen Volkes!**

Offenburg, den 18. Juli 1869.

**Die Versammlung von Vertretern der nationalen und liberalen Partei in Baden.**

Philipp Armbruster, Holzhändler zu Wolfach. Karl Bär, Kreisgerichtsrath zu Waldshut. Emanuel Basler, Deponom zu Jessenbach. Baumann, Oberzolinspektor zu Kehl. R. Bey, Weinbändler zu Oberkirch. Dr. W. Blum, Privatmann zu Heidelberg. L. Bluff, Kaufmann zu Freiburg. G. Breithaupt, Altbürgermeister zu Maltersdingen. C. Bucherer, Notar zu Eppingen. Gustav Buhl, Fabrikant zu Ettlingen. C. E. Burg, Fabrikant zu Kehl. Burkard, Gemeinderath zu Achern. F. Conrad, Bürgermeister zu Bühl. C. Eckhard, Anwalt zu Offenburg. Fauler, Oberbürgermeister zu Freiburg. H. Feederle, Bezirksassistent zu Haslach. Franz, Bürgermeister zu Eningen. Fried, Rathsherr zu Baden. Th. Frey, Kaufmann zu Eberbach. Futterer, Domänenverwalter zu Stodach. Gayer, Fabrikant zu Emmendingen. W. Gerbel, Kreisgerichtsrath zu Offenburg. Haas, Konditor zu Lahr. Heidenreich, Deponom zu Müllheim. J. Held, Kaufmann zu Kenzingen. Jäger Schmidt, Bahnverwalter zu Kehl. H. Kaiser, Arzt zu Kehl. Fr. Kiefer, Anwalt zu Offenburg. A. Klein, Apotheker zu Weinheim. G. Kütz, Reallehrer zu Billingen. Kufel, Anwalt zu Karlsruhe. A. Lamey, Staatsrath zu Mannheim. Fr. R. Lang, Arzt zu Eningen. Lenz, Kaufmann zu Pforzheim. Leo, Apotheker zu Oberkirch. Lubberger, Bezirksförster zu St. Blasien. L. Mittel, Amtsrichter zu Pforzheim. Wortadt, Partikular zu Karlsruhe. J. Nagbaum, Fabrikant zu Offenburg. Paravicini, Bürgermeister zu Bretten. J. F. Rall, Kaufmann zu Adelsheim. Schmutz, Geometer zu Kenzingen. Schneberger, Architekt zu Baden. C. A. Schneider, Generalagent zu Karlsruhe. Dr. C. Schneider, praktischer Arzt zu Oberkirch. J. Schnepf, Stadtverrechner zu Baden. Karl Schwarzmann, Kaufmann zu Kehl. Sei-

denabel, Professor zu Bruchsal. C. Serger, Notar zu Offenburg. Siefert, Kaufmann zu Bad. Sommer, Notar zu Schwetzingen. W. Steiner, Landwirth zu Strohsbach. Straubhaar, Bürgermeister zu Waldshut. Verthold Thoma, Fabrikant zu Lohndau. A. Wagner, Staatsanwalt zu Mosbach. Albert Walther, Kaufmann in Haslach. Dr. Winger, Professor in Laubersbichsheim.

### Vermischte Nachrichten.

München, 20. Juli. Einiges Aufsehen erregt eine Eingebungs- und Bewunderungsadresse, welche 66 Geistliche der Stadt Regensburg an den Bischof von Linz gerichtet haben, um „Hoch-Ihn zu beglückwünschen, daß er gewürdigt wurde, für den Namen Jesu Schmach zu leiden“. Solche Männer hätte der Hr. Bischof zu Schwornen in seinem Prozeß brauchen können.

Berlin, 20. Juli. (Fr. Z.) Gestern ist unter den hiesigen Maurergesellen ein allgemeiner Strike ausgebrochen, woran sich ungefähr 6000 Gesellen betheiligt haben.

Zug, 18. Juli. (Schw. M.) Gestern waren beim Schützenfest die Bundesbehörden. Es wurde eine Rundfahrt auf dem See gemacht, Stadt und See waren erleuchtet. An eben demselben Tage hatten 5 englische und 5 Schweizer Schützen auf 1000 und 1500' ein Wetttschießen, bei welchem die Schweizer einen glänzenden Sieg errangen, besonders auf die erste Entfernung. Auf 1000' hatten die Schweizer 46 Manns- und 31 Scheibentreffer, die Engländer 37 und 17; auf 1500' die Schweizer 17 und 9, die Engländer 15 und 8. Heute großes Gebränge, über 50,000 Teilnehmer, die Nordost-Bahn brachte allein über 20,000 am Morgen und gegen Mittag, dazu kommen die Gäste mit den Dampfbooten und für die nächste Umgebung, aus den Dörfern mit Wagen und allerlei Vehikeln. Das Fest schließt nächsten Mittwoch, hat mit heute seinen Höhepunkt erreicht, und wird mit morgen sehr merklich an Frequenz abnehmen. Obgleich verhältnismäßig und gut geschossen wurde, so läßt sich doch der Besuch der Schützen nicht mit andern Schützenfesten vergleichen. Zug hat übrigens Großartiges geleistet.

Bresl, 20. Juli. Telegraphische Nachrichten aus St. Pierre zufolge war das Schiff „Scandaria“ auf dem Wege nach dem Festland gestern Mittag 306 Seemeilen von St. Pierre entfernt. Die Länge des versenkten Kabelaß betrug 321 Seemeilen. An Bord des Schiffes war Alles wohl.

In 80 Tagen um die Welt. Wenn man einige Tage für Ausenthalt und Verpfätungen zugibt, nimmt eine Reise um die Welt jetzt nur 80 Tage in Anspruch. Von Paris nach New-York (Bahn und Dampfer) 11 Tage; von New-York nach San Francisco (Bahn) 7 Tage; von da nach Yokohama (Dampfer) 21 Tage; von Yokohama nach Hongkong (Dampfer) 6 Tage; von da nach Calcutta (Dampfer) 12 Tage; von da nach Bombay (Bahn) 3 Tage; von da nach Cairo (Bahn und Dampfer) 14 Tage; und von Cairo zurück nach Paris (Bahn und Dampfer) 6 Tage. Von der ganzen Route sind nur 140 (engl.) Meilen — zwischen Mahabab und Bombay — ohne Dampfbesörderung, jedoch wird auch hier schon an einer Bahn gebaut.

### Badische Chronik.

Wahlbezirk Konstanz-Rodolfszell. In Singen glänzende Mehrheit der liberalen Partei; ferner liberale Wahlen in Allensbach, Ultramontane Wahlen: Insel Reichenau, Dingelsdorf, Langenrain, Gaienhofen, Horn, Ueberlingen a. N., Markelsingen, Schienen. Bis jetzt 27 liberale, 17 ultramontane Wahlmänner bekannt.

Wahlbezirk Konstanz (Stadt). Hr. Bürgermeister Stromeyer läßt erklären, daß er weder kandidirt noch eine etwa auf ihn fallende Wahl annehmen könne.

Aus den Nummern Eugen und Stodach liegen erst vereinzelte, vorwiegend günstige Wahlnachrichten vor.

Sämmtliche Wahlmänner des 15. Kreiseswahlbezirks (Amt Emmendingen) sind gewählt und gehören durchweg der national-liberalen Partei an.

Zu Buchenbach (Bezirk Freiburg) ist die Wahl nicht wie irrthümlich gemeldet ultramontan, sondern liberal ausgefallen.

Karlsruhe, 21. Juli. Das Komitee des hiesigen deutsch-freimüthigen Ortsvereins wird wahrscheinlich auf nächsten Freitag oder Samstag behufs einer Besprechung über die bevorstehenden Wahlmännernwahlen einen Bürgerabend anordnen und demselben seine Wahlvorschlüge zur Begutachtung unterbreiten.

Ettlingen, 19. Juli. (Brandunglück.) In der verflochtenen Nacht nach 10 Uhr brach in der Wassermühle des Hrn. Wilhelm Hummel dahier, welche unterhalb der Stadt steht, und zwar zuerst in demjenigen nördlich gelegenen Theile, welcher Scheuer und Stallung enthielt, Feuer aus. Die Flammen breiteten sich schnell auch über das Dach der Wohnung und Mülhräume, wo viele Frucht lag, aus und nahm dadurch eine Ausdehnung an, deren Helle sogar in Raftatt bemerkt worden ist. Die schnell herbeigeeilte Feuerweh und die übrige Hilfsmannschaft konnten die Haupttheile des Mülhgebäudes trotz aller Anstrengung nicht mehr retten, wohl aber gelang es, die auf der südlichen Seite angebaute Sägemühle unversehrt zu erhalten. Menschenleben sind dabei nicht in unmittelbare Gefahr gekommen und das Vieh, sowie das meiste Hausgeräthe konnten mit einem Theil der Mehl- und Fruchtvorräthe der Zerörung noch rechtzeitig entzogen werden. Der Beschädigte ist für seine Verhältnisse versichert.

Ettlingen, 20. Juli. Am 14. d. M. ist hier der zweite Bürgerabend in der Erbprinzenhalle abgehalten worden. Hr. Bürgermeister Reimier machte Mittheilung über die Verhandlungen, welche wegen des Neubaus eines Schullehrer-Seminars zwischen dem Gemeinderath und dem Großh. Oberschulrathe stattfanden. Darnach ist beabsichtigt, auf dem städtischen Holzhof — Hirschgarten genannt — naheinander zwei größere Gebäude aufzuführen und zwar sogleich ein Unterrichtsgebäude für die Seminartzöglinge wie auch für die städtische Knabenschule, welche als Musterchule mit dem Seminar verbunden bleiben soll. Dazu soll die Stadtgemeinde einen Betrag von 20,000 fl. leisten. Später nach befalliger landständischer Bewilligung soll ein Konviktsgebäude mit Wohnung des Seminarleiters errichtet und dazu von der Gemeinde außer dem Gelände (im Ganzen etwas über 7 Morgen) noch weitere 10,000 fl. beigetragen werden.

Die durch Hrn. Reimier und die anderen Redner gegebene Beleuchtung dieser städtischen Angelegenheit stellte die Vortheile für die Stadt Ettlingen in so deutliches Licht, daß Niemand gegen den beabsichtigten Vertrag eine Einwendung erhob, und daß bei der 2 Tage später erfolgten Versammlung des großen Ausschusses demselben einstimmig die erforderliche Zustimmung erteilt wurde.

Der zweite Gegenstand der Besprechung des Bürgerabends war die bevorstehende Wahlmänner-Wahl. Hr. Theobald Fath leitete dieselbe durch Mittheilung der maßgebenden Gesetzesbestimmungen ein und Hr. Fabrikant Buhl knüpfte daran eine geschichtliche Erinnerung an die Änderungen, welche die Verfassungsurkunde in Bezug auf die Zusammensetzung der beiden Ständekammern und auf die Bedingungen der Wählbarkeit erlitten hat. Zu den bevorstehenden Vorlagen der Regierung an die nächste Ständeverammlung übergehend hob er zunächst die weiteren beabsichtigten Änderungen der Verfassung und der Geschäftsordnung für die Ständekammern, sodann die Änderungen der Gemeindeverfassung hervor und gab sodann eine kurze, sehr maßvolle Charakteristik der bei den jetzigen Wahlen in Baden sich bekämpfenden 3 Parteien. Zum Schluß legte er unter Mittheilung des Offenburger Programms die Bestrebungen der national-liberalen Partei näher dar und forderte die Anwesenden zur Unterstützung dieser Bestrebungen auf.

Bei der weiteren Besprechung dieser politischen Angelegenheit hob Hr. Gemeinderath Baureithel auch die Absicht mehrerer Bürger auf die Wahl des Hrn. Philipp Thibaut als Abgeordneten hinzuwirken, hervor, und führte aus, wie die damalige Unterstützung dieses Wahlprojektes von Seiten der Ettlinger Ultramontanen voraussichtlich keine Dauer haben werde, indem Hr. Thibaut mit seinen bekannten kirchenfeindlichen Ansichten keine Aussicht haben werde, im Bezirk Raftatt oder auch nur in den Landorten des Ettlinger Bezirkes gewählt zu werden. Die Zahl der Besucher dieser Versammlung betrug wieder über 150 Personen.

Ueber die Vorgänge auf der diesjährigen Pforzheimer Diözesansynode geht uns noch eine weitere Korrespondenz zu, der wir folgendes entnehmen:

Pforzheim, 18. Juni. Letzten Mittwoch hielt die Diözese Pforzheim ihre jährliche Synode in der hiesigen Schlosskirche ab. Nach allgemeinem Urtheil der Theilnehmer haben die Verhandlungen noch auf keiner der hiesigen Synoden einen so ruhigen Verlauf genommen, obwohl der Untheilnahme aus mehreren gereizten Ausfällen leicht entnehmen konnte, daß die alten Gegensätze zwischen der orthodoxen Majorität und der liberalen Minorität noch in frischer Kraft daherkamen. Namentlich waren es mehrere das kirchenpolitische und staatsliche Gebiet berührende Äußerungen von Seiten der Herren von der Rechten, wogegen die Freigesinnten entschiedenste Verwahrung einzulegen sich genöthigt sahen. Anlaß dazu hatte der Antrag des P. Specht von Zippingen gegeben, die Synode möchte behufs der bekannten Feiertagsverordnung durch Vermittlung der Oberkirchenbehörde an den Großherzog, als Schirmherrn der evangel. Landeskirche, eine Petition um Wiederherstellung des früheren Staatschutzes für den Charfreitag und Bußtag ergehen lassen, ein Antrag, der auch zum Beschluß erhoben wurde. Die Protestherren hatten sich lange an der schwierigen Aufgabe abgemüht, darzutun, wie die Kirche eigentlich für die Heilhaltung ihrer Festtage durchaus keines Staatschutzes bedürfe, eigentlich ohne einen solchen aber doch nicht auskommen könne; die weltlichen Mitglieder hatten dagegen auf die voraussetzliche Erfolglosigkeit des Schrittes hingewiesen und den Nachdruck darauf gelegt, daß es im Interesse der Würde der Kirche liege, in solchen Fragen sich selber zu helfen, — da meinte ein Pfarrer, es käme ihm sonderbar vor, daß hier einige Herren als Regierungsobermächtige sich gerieten, wogegen die Betreffenden natürlich entschiedene Verwahrung einlegten; der vorsitzende Dekan verwies den Ausdruck, fügte aber bei, es sei jedoch leicht erklärlich, daß solche Synodalmitglieder, die zugleich Staatsdiener wären, ihrer Regierung mehr Rücksicht schuldig zu sein glaubten als ihrer Kirche, worauf eine zweite Verwahrung erfolgte. Von diesen und einigen andern Zwischenfällen jedoch abgesehen, muß man es der hier vorherrschenden Partei nachrühmen, daß sie diesmal gemäßigt aufgetreten ist und zu der Einsicht gekommen zu sein scheint, daß eine wirkliche Frucht den Synoden erst dann entspringen kann, wenn sie nicht mehr wegen Prinzipienfragen nutzlosen Streit führen, sondern sich mit den Bedürfnissen des Bezirks eingehend beschäftigen. So wurde beschloffen, künftigen Jahres den Religionsunterricht in der Volksschule in spezielle Beratung zu nehmen und falls die inzwischen gemachten Erfahrungen es zweckdienlich erscheinen lassen sollten, auch wegen des in das Gemeinde- und Familienleben hiesiger Gegend störend eingreifenden Methodismus in nähere Besprechung einzutreten. Den einzelnen Kirchengemeinderäthen ist es auferlegt worden, diese beiden Fragen während des ganzen folgenden Jahres genau im Auge zu haben und das einschlägliche Material zu sammeln. Wird in der projektirten Weise es nach und nach zur festen Regel, solche einzelnen Punkte einer ersten Erwägung zu unterziehen, dann wird es sich ganz bestimmt erst herausstellen, wie viel wichtige und interessante Arbeit den Synoden obliegt und welchen Segen sie stiften können, wenn sie ihre Aufgaben mit Geschick zu lösen verstehen.

Borberg, 17. Juli. (Taub.) Dieser Tage kam ein älterer Herr von Karlsruhe aufs evangelische Pfarrhaus zu und gab sich für einen Oberstiftungsrevisor von dort aus. Der Hr. Pfarrer ist irgend in einem Archive begraben und fahndet nach Altersbüchern, seine Gemahlin witterte in dem sich Vorstellenden Unrath und lehnte dessen Begehren ab, die Pfarrpapiere, Gelder etc. zu kontrolliren. Kaum hatte der Ueberraschte diese Kunde vernommen, so lenkte er seine Schritte nach dem nahen Wülchingen zu dem dortigen Bürgermeister, der zugleich Kirchenältester oder so was dergleichen ist. Unter dessen eilte die Frau Pfarrer zu dem freundschaftlichen katholischen Pfarrer, um sich Rath zu holen; er ward ihr auch im vollsten Maße. Der Hr. Pfarrer mißtraute ebenfalls dem angeblichen Oberstiftungsrevisor, setzte sogleich die Gendarmen in Bewegung und diese keilten sich, den Wülchingen zu fangen, was ihnen auch in Wülchingen glückte. Der alte Herr mußte in anstandsgemäßer Haltung mit den Gendarmen ins Amtshaus wandern; dort klärte sich die Sache auf und zum Glück nahm der Hr. Revisor dieselbe nicht so ernst, er freute sich sogar über dieses Abenteuer. Sofort ging derselbe wieder ins ev. Pfarrhaus, aber in Begleitung eines Kirchenältesten, und die Frau Pfarrerin mußte, wenn auch ungern, den Schlüssel verabfolgen und die Visitation konnte vorgenommen werden.

Freiburg, 20. Juli. (D. G.) Heute kam die von Hrn. Oberbürgermeister Fauley gegen den Freiburger Boten, wegen des früher in diesem Blatte erwähnten Artikels, erhobene Anklage zur Verhand-

lung. Hr. Dilger wurde als Drucker des Fr. B. (den Namen des Verfassers hatte er zu spät genannt) zu 6 Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt.

Vom Oberrhein, 20. Juli. Die vom Ausschuß des gemeinnützigen Vereins berufene Versammlung der Rationalen findet nächsten Sonntag den 25. d. M. in Murg statt.

Vom Oberrhein, 20. Juli. Während der vorige Monat vermöge seiner unfreundlichen, kühlen und stürmischen Witterung seit 90 Jahren die niederste Mitteltemperatur hatte und ihm nur die Junimonate von 1834 und 1867 zunächstkommen, hat der laufende Monat diese Abweichungen so gut wie möglich kompensirt und eine gleichmäßigere Verteilung des Luftdruckes und der Wärme herbeigeführt. Vom 4. bis 13. d. M. war in unserer Gegend und an mehreren Stationen der Schweiz ein auffallend harter und die Fernsicht trübender Höhennebel (Moorrauch) bemerkbar. Die Sonne erschien dabei als eine tiefroth-ferdigefärbte Kugel, welche glanzlos selbst um die Mittagszeit nur schwache Schatten erzeugte; der Himmel war meist wolkenlos und im Zenith sahgrau. Dabei herrschte fast ununterbrochene Windstille. Die Erscheinung verlor sich nach dem Gewitter am 14. Juli.

Die Frequenz unserer Bäder, insbesondere von Badenweiler, hat in erfreulicher Weise zugenommen. Auch die kleineren Kurorte sind ungewöhnlich stark besucht. — Der Stand der Neben hat sich wider Erwarten günstig gestaltet und läßt einem ganz befriedigenden Herbst entgegensehen.

Am 7. und 8. August Will auf ergangene Einladung Hr. Abg. E. Hard zu Konstanz und Ueberlingen, am 15. zu Singen an Versammlungen theilnehmen.

Wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, erscheint seit einiger Zeit im Verlage von A. Emmerling zu Heidelberg eine „Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsverfassung“, herausgegeben von Dr. E. Löning. Es hat dieselbe schon eine Reihe gebiegender Artikel gebracht und wäre eine immer größere Verbreitung sehr zu wünschen. Wir werden in Zukunft die Inhaltsangaben jeder einzelnen Nummer bringen und machen nachstehend mit Nr. 14, der ersten im gegenwärtigen Halbjahr erschienenen, den Anfang: Zur Frage der Wahlreform, von Regierungsrath Dr. Kishaupt. — Die Strafbarkeit eines nichtkonzessionirten Wirtschaftsbetriebs, von Dr. Buchelt. — Entscheidungen des Großh. Verwaltungsgerichtshofs. — Gesetzentwurf über die Benutzung des Wassers.

W. Mannheim, 19. Juli. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, effektiv hiesiger Gegend, 200 Zollfund 12 fl. 15 G., 12 fl. 30 P., ungarische 12 fl. 15 G., 12 fl. 30 P., fränkischer — fl. — G., 12 fl. 45 P. — Roggen, effektiv 9 fl. 30 G., 9 fl. 45 P., ungar. — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, effektiv hiesiger Gegend — fl. — G., 10 fl. — P., ungarische — fl. — G., 10 fl. — P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische — fl. — G., — fl. — P., — Hafer, effektiv 100 Zollfund 4 fl. 50 G., 5 fl. — P. — Kernen, effektiv 200 Zollfund — fl. — G., 12 fl. 45 P. — Delfamen, deutscher Rohstropf — fl. — G., 21 fl. — P. — Bohnen — fl. — G., 11 fl. 45 P. — Linsen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., — fl. — P. — Wicken — fl. — G., — fl. — P. — Kleefamen, deutscher I. 27—28 fl. G., — fl. — P., II. — fl. — G., — fl. — P., Luzerner — fl. — P. — Spargeln — fl. — G., — fl. — P. — Del. (mit Fass) 100 Zollfund, Leinöl, effektiv Inland, in Parthien 21 fl. 30 G., 22 fl. — P., sahweise — fl. — G., 22 fl. 15 P. — Rübsöl, effektiv Inland, sahweise — fl. — G., 24 fl. 45 P., in Parthien — fl. — G., 24 fl. 30 P. — Mehl 100 Zollfund.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 10 fl. 15 P., Nr. 1 — fl. — G., 9 fl. 30 P., Nr. 2 — fl. — G., 8 fl. 40 P., Nr. 3 — fl. — G., 7 fl. 15 P., Nr. 4 — fl. — G., 6 fl. 24 P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0—1, Stettiner — fl. — G., — fl. — P. — Branntwein, eff. (50% n. T.) transit (150 Litres) — fl. — G., 18 fl. 30 P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Parthien verzollt, nach Qualität 13 fl. — G., 13 fl. 15 P. Weizen und Roggen still. Gerste unverändert. Hafer, Leinöl, Rübsöl und Petroleum fest.

Hamburg, 15. Juli. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Alteannia“, Kapit. Meyer, welches am 30. v. M. von hier und am 3. d. M. von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 14 Stunden am Dienstag, den 13. d. Abends 4 Uhr wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Hamburg, 17. Juli. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapitän Meier, am 6. ds. von Neu-York abgegangen, ist nach einer durch Nacht verzögerten Reise von 9 Tagen 22 Stunden diese Nacht 12 Uhr in Plymouth angekommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für England bestimmten Passagiere gelandet, um 2 1/2 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt 239 Passagiere, 71 Briefsäcke, 1200 Tons Ladung, 160,600 Dollars Contanten.

Frankfurt, 21. Juli. — Uhr — Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 270 1/2, Staatsbahn-Aktien 415 1/2, Silber-Rente —, 1880r Loose —, Lombarden —, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner —, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

20. Juli	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelsw.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 9,9"	+14,2	0,73	N.O.	w. bew.	Sonnensch., kühl
Morg. 2 "	27° 9,6"	+22,0	0,40	D.	w. bew.	" "
Nacht 9 "	27° 9,3"	+16,6	0,85	N.	fl. bew.	warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Kroenlein.

